

genannten Probleme eine Pionierrolle zu. Um so bedauerlicher ist es, daß Horst-W. Jung die wenigen Arbeiten, die schon zu diesen Themen vorliegen, nicht berücksichtigt hat, wie z. B. die Studie von F. Roy Willis, *The French in Germany*, Stanford 1962, die, trotz einiger Mängel, das wichtigste Werk über die französische Besatzungszone ist.

Jung versetzt den Leser unter dem groben Raster Antifaschismus und Antikapitalismus unmittelbar in die Diskussion der Beratenden Landesversammlung, ohne daß der Autor auf die Entstehung und die Aufgaben dieses Gremiums im besonderen und auf den politischen Hintergrund und die daraus resultierenden Rahmenbedingungen im allgemeinen aufmerksam macht. Die Landesversammlung hatte sowohl die Aufgabe, eine Landesverfassung zu erarbeiten, als auch Mitwirkungsbefugnisse bei der Abfassung von Verordnungen. Sie war ein Übergangsgremium, das von November 1946 bis April 1947 in Koblenz, der provisorischen Hauptstadt des neuen Landes Rheinland-Pfalz, tagte. Durch die Vernachlässigung dieser Bedingungen entsteht der Eindruck, daß die Beratende Landesversammlung und der erste Landtag, auf dessen Arbeit nur am Rande eingegangen wird, selbständig agierende Institutionen gewesen wären, in denen die Parteivertreter wie in einem heutigen Parlament offen und ungebunden hätten debattieren und analysieren können. Diese, dem Leser unterschobene Voraussetzung verschleiert die Tatsache, daß solche Gremien nur eine eingeschränkte mitwirkende Funktion hatten und die Entscheidungen der Militärregierung vorbehalten waren. Die französische Deutschlandpolitik in der Zeit von 1945 bis 1948 wurde von der Vorstellung bestimmt, den Deutschen dürfe nur eine begrenzte Teilnahme eingeräumt werden. Hierin unterschied sie sich von der der anderen Besatzungsmächte, die ein geringeres Mißtrauen gegenüber den Deutschen hatten und den politischen Neubeginn stärker förderten.

Die Studie von Horst-W. Jung konzentriert sich auf die Analyse der Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung und erarbeitet anhand der Reden die Positionen der CDU, der Liberalen, der SPD und der KPD zu den Problemkreisen Antifaschismus, Entnazifizierung, Antikapitalismus, Antikommunismus und Kalter Krieg. Die Untersuchung bestätigt die bekannten Ergebnisse, die darin liegen, daß die CDU und die Liberalen insoweit übereinstimmende Vorstellungen entwickelten, daß sie den Nationalsozialismus als einen Betriebsunfall in der deutschen Geschichte interpretierten und von daher auf eine Bestrafung der führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches drängten, jedoch die Mehrzahl ehemaliger Nationalsozialisten glimpflich behandelt wissen wollten, um sie so rasch wie möglich in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben einzugliedern. Von daher bot sich eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien an, die außerdem in dem allgemeinen Wunsch übereinstimmten, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung lediglich zu modifizieren und nicht grundsätzlich zu verändern. Die SPD forderte eine grundlegende Reform des Systems durch Einbeziehung wirtschaftsdemokratischer Elemente und Sozialisierung der Grundstoffindustrien. In der Entnazifizierungsfrage ergaben sich Übereinstimmungen mit den bürgerlichen Parteien; denn die Sozialdemokraten wünschten ebenfalls eine schnelle Rehabilitierung derjenigen Nationalsozialisten, die sie als Mitläufer und Verführte bezeichneten, und eine Bestrafung der führenden Repräsentanten, zu denen für sie auch Vertreter der Wirtschaft gehörten. Die weitestgehenden Forderungen zur Sozialisierung und Entnazifizierung entwickelte die KPD, deren Argumente auf der gleichen Linie lagen, wie sie die Kommunisten auch in den anderen Zonen vertraten. Auf das schwierige Verhältnis SPD — KPD wird vom Autor nicht eingegangen, und die Zwangsfusionierung der beiden Parteien zur SED in der sowjetisch besetzten Zone im April 1946 wird nicht erwähnt. Ohne diese Tatsache ist ein Teil des Antikommunismus der SPD gar nicht zu verstehen.

Der Grundthese des Autors, daß »die Ebene [. . .des. . .] Strukturwandels der politischen Diskussion zwischen den gerade erst zugelassenen Parteien« (Vorwort) in den Länderparlamenten lag, wobei der Wandel vom Antifaschismus zum Antikommunismus gemeint war,

kann nicht zugestimmt werden, da der Umschlag durch den Antagonismus zwischen den Siegermächten bedingt war, die sich nicht auf einen deutschen Friedensvertrag und auf gemeinsame Grundlagen für eine Nachkriegsordnung in Deutschland einigen konnten. Die Landesparlamente waren nicht die Ebene, auf der sich der Strukturwandel vollzog, sondern sie spiegelten nur diesen Wandel wider und nicht mehr.

Es ist verdienstvoll, daß Jung einer größeren Leserschaft die Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung zugänglich gemacht hat. Die zu starke Einengung auf den Innenraum dieses Gremiums schränkt die Bedeutung der Arbeit ein. Zu viele Probleme bleiben offen, von denen einige genannt werden sollten: Deutschlandpolitik der französischen Besatzungsmacht, Beziehungen zwischen den Parteien und den Franzosen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des künstlich geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz, das eine überwiegend agrarische Struktur aufwies und aufweist. Es ist zu begrüßen, daß mit der Arbeit von Horst-W. Jung die Erforschung der Nachkriegsgeschichte in der französischen Besatzungszone in Angriff genommen wurde. Die entscheidenden Arbeiten stehen jedoch nach wie vor noch aus.

Kurt Thomas Schmitz

Onno-Hans Poppinga, Bauern und Politik (= Studien zur Gesellschaftstheorie), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 338 S., kart., 32 DM.

Der Verfasser verfolgt mit seinem Buch die Absicht, »das politische Handeln« deutscher Bauern in historischer wie aktueller Perspektive »vor dem Hintergrund ihrer sozialökonomischen Lage zu untersuchen« (S. 7). Zu diesem Zweck geht die Analyse in drei Schritten vor. Zum einen wird unter Anwendung von Kategorien aus der Marxschen Grundrententheorie die allmähliche Eingliederung der bäuerlichen Landwirtschaft in das »hochentwickelte kapitalistische System« (S. 7) geschildert. Der zeitliche Schwerpunkt dieses Überblicks, der auf Materialien und Gewährsleute von sehr unterschiedlichem Gewicht fußt und auf lange Datenreihen verzichtet, liegt deutlich auf den Jahrzehnten nach 1933 und wird, je näher er an die Gegenwart heranreicht, um so konkreter, anschaulicher, origineller. Manches aus diesem Kapitel trägt allerdings vorläufigen Charakter und bedürfte einer erneuten Überprüfung, so die von Sohn-Rethel (Ökonomie und Klassenstruktur, Frankfurt 1973, S. 78 ff.) übernommene These von der »Agrarkartellierung« im unmittelbaren Umfeld der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, so die nicht weiter belegte Behauptung von der Dominanz der »Gutsbesitzer und Großbauern in den wichtigsten Schaltstellen der NS-Agrarpolitik« (S. 64). Die »zentralen Merkmale« der bundesdeutschen Landwirtschaft im Rahmen der EG benennt Poppinga als »massive Steigerung der Produktivkräfte«, »Konzentration der Produktion«, »Proletarisierung von Bauern« (S. 97): Es sieht so aus, als erfüllten sich erst jetzt, hundert Jahre nach der Abfassung des »Kapital«, die Marxschen Prognosen über die Entwicklungstendenzen des Agrarsektors.

Der zweite Teil des Buches (S. 124—157) wendet sich der »gesellschaftlichen Realität« und ihrer »Interpretation« zu. Dies geschieht nun freilich nicht mit Hilfe von Befragungen, sondern auf der Basis von Vermutungen darüber, wie das Bewußtsein von Bauern angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation eigentlich — gewissermaßen »notwendig« — beschaffen sein müßte. Ein solches Verfahren schließt nützliche Einzelbeobachtungen nicht prinzipiell aus, etwa über die Bedeutung des Eigentums für die bäuerlichen Produzenten, über deren Verhältnis zum Staat, über den »ganzheitlichen« Charakter ihrer Arbeit (was im übrigen auch schon der Agrarrevisionist Eduard David — gegen Marx und Kautsky — betont hat). Aber insgesamt scheint mir, daß die spekulativen Momente bei dieser Betrachtungsweise überwiegen, daß der Bauer zu sehr Objekt »fremder«, von außen herangetragenener Interpretationen ist.